

Lustlos in die Nachspielzeit

Zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

„Stillstand ist vorprogrammiert. Und Verlierer wird nicht die CDU sein, sondern die SPD. Die graben jetzt ihr Grab, aber nicht mit einem Spaten, sondern mit einem Bagger.“

(Susanne Neumann, SPD Gelsenkirchen)

Der Koalitionsvertrag enttäuscht. Es gibt zwar einige **Ausbesserungen des bisherigen Pfades**, aber nichts, was dem **gesellschaftlichen Bedarf angemessen wäre**. Auf 177 Seiten finden sich 105 **Prüfaufträge** und 15 **Kommissionen** – rekordverdächtig im Hinblick auf das Vertagen von Entscheidungen. Was sich nicht findet: ein **neues Konzept**, **Gestaltungsprojekte** oder gar **Visionen**. Auch nicht: Eine Bürgerversicherung, Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, eine armutsfeste Rente. Dafür viele kleine **Einzelmaßnahmen**, oft ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Der soziale Wohnungsbau wird fortgesetzt, aber nicht ausgebaut, gleichzeitig werden Anreize für mehr Eigentumswohnungen gesetzt. An anderer Stelle geht es mit Schwung in die falsche Richtung: Aufrüstung, mehr Midijobs, billigerer Luftverkehr.

Der bisherige Modus **technokratischer Verwaltung** wird – trotz aller Beteuerungen, dass nun wirklich eine Erneuerung anstehe – fortgesetzt. Vieles wird vor allem mit Worten behandelt, so werden etwa die Probleme in Krankenhaus und Pflege aufgerufen. Aber sie werden nicht mit tragfähigen und ausfinanzierten Lösungen untersetzt.

Der Vertrag ist ein lustloses **Weiterwurschteln** in der **Nachspielzeit** der Ära Merkel: Es gibt Eigentumsförderung und Symbolpolitik statt effektiver Maßnahmen gegen explodierende **Mieten**, die weiter steigen werden. Die Bekämpfung von Fluchtursachen gibt die Große Koalition als offizielles Ziel aus, aber ein Stopp von **Waffenexporten**, **Aufrüstung**, **Kriegseinsätzen** oder der Zusammenarbeit mit **Diktaturen** wird nicht mal erwägt. Im Vertrag ist viel von Zusammenhalt die Rede, aber eine Abschaffung der **Hartz IV-Sanktionen** oder wirksame Schritte gegen **Altersarmut** sind in ihm nicht vorgesehen. Die 8000 zusätzlichen Stellen in der **Pflege** bedeuten ein durchschnittliches Plus pro Einrichtung von gerade einmal 0,5 Stellen und stehen einem Bedarf von 40 000 in der (Alten-)Pflege und mindestens 100.000 in der Krankenhauspflege gegenüber. Zu einer Erhöhung des **Mindestlohns** findet sich kein Wort im Vertrag. Es gibt immer noch keine **Vermögenssteuer**, nicht einmal eine Anhebung des **Spitzensteuersatzes**. Klare Kante zeigt die neue Groko dafür gegen die Schwächsten: **Flüchtlinge** sollen noch mehr schikaniert und schneller abgeschoben werden, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird ausgedehnt, Abschiebungen werden beschleunigt. **Polizei** und **Geheimdienste** werden deutlich aufgerüstet. Statt des von der SPD geforderten **Einwanderungsgesetzes** soll es jetzt bloß ein an der Verwertbarkeit orientiertes Fachkräfteeinwanderungsgesetz geben. Für **Europa** hat die Groko viele warme Worte, aber keinen Bruch mit

der Kürzungspolitik, keinen verbindlichen Mindestlohn und erneut lediglich Absichtserklärungen bei der Bekämpfung von Steuerflucht.

Zum **Klimaschutz** soll ein Gesetz verabschiedet werden, aber das Ziel, die Emissionen bis 2020 um 40% zu senken, wird aufgegeben. Aber 2030 will man die Klimaziele dann erreichen. Gleichzeitig wird der Flugverkehr gefördert, indem die Luftverkehrsteuer abgeschafft wird.

Arbeit und Soziales

In der letzten Stunde der Verhandlungen wurde entschieden, die **Sachgrundlosen Befristungen** einzuschränken, was die Arbeitgeberverbände umgehend als „Linkskurs der Union“ kritisierten. Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten sollen nur noch höchstens 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristen dürfen, bei genau dieser Betriebsgröße liegt die Grenze dann bei einem abhängig Beschäftigten. Die **Befristungsdauer** wurde von 24 auf 18 Monate abgesenkt. Eine Befristung ist nicht möglich, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein unbefristetes oder ein oder mehrere befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren bestanden haben. Auch die Sachgründe für Befristungen wurden eingeschränkt. Aber: Für Betriebe bis 75 Beschäftigte gilt diese Regelung nicht. Nicht geändert wurde auch die gesetzliche Regelung im **öffentlichen Bereich**. Danach ist sachgrundlose Befristung weiter unbeschränkt möglich, wenn „der Arbeitnehmer aus Haushaltsmitteln vergütet wird, die haushaltsrechtlich für eine befristete Beschäftigung bestimmt sind, und er entsprechend beschäftigt wird“. Das betrifft faktisch jede Tätigkeit, deren Finanzierung im öffentlichen Bereich nicht unbefristet gesichert ist, jedes „Projekt“, jedes „Aktionsprogramm“, jede „Anschubfinanzierung“ bis in kommunale Beschäftigungsverhältnisse hinein. Das Arbeitsrecht kennt hier eigentlich das Mittel der Kündigung aus betrieblichen Gründen, wenn eine Finanzierungsgrundlage ausläuft. Sachgrundlose Befristung wird also kaum zur „**Ausnahme**“ werden, wie auf dem letzten SPD-Parteitag beschlossen wurde.

Die Gründung und Wahl von **Betriebsräten** soll erleichtert werden. Das vereinfachte Wahlverfahren für alle Betriebe mit 5 bis 100 wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird verpflichtend gemacht. Für Betriebe mit 101 bis 200 wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird die Wahl zwischen dem vereinfachten und allgemeinen Wahlverfahren ermöglicht. Eine Regelung zum Schutz nationaler Vorschriften über die **Mitbestimmung** für grenzüberschreitende Verlagerungen von Unternehmenssitzen wurde nicht getroffen. Für das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gibt es nur einen **Evaluationsauftrag**. Für Langzeiterwerbslose soll ein **öffentlich geförderter Arbeitsmarkt** geschaffen werden, doch die Zahl von 150.000 Arbeitsplätzen reicht nicht aus – und entscheidend wird die konkrete Ausgestaltung sein.

Für Erwerbslose gibt es mehr Maßnahmen und Fortbildung, aber nicht mehr Geld oder eine Abschaffung der **Zumutbarkeitsregeln** bzw. **Sanktionen**. Zwar sollen **Kinderrechte** nun endlich in das Grundgesetz kommen, aber an der Armut von **Hartz IV-Beziehenden** und ihren **Kindern** ändert sich nichts, auch die 25 Euro mehr **Kindergeld** werden ihnen abgezogen.

Eine Erhöhung des Mindestlohns ist nicht vorgesehen. Wohl aber die **Ausweitung der Midijobs**. Die wird als Entlastung der Beschäftigten dargestellt – weil sie weniger Sozialabgaben zahlen müssen. Doch

die Arbeitgeber zahlen natürlich auch weniger und die Betroffenen können sich schon auf eine Armutsrente einstellen.

Rente

Das gesetzlich garantierte **Rentenniveau** soll von 43 auf 48 Prozent „steigen“ und die Beiträge auf maximal 20 Prozentpunkte für die kommenden 7 Jahre begrenzt werden. Allerdings war der Rentenbericht der Regierung selbst davon ausgegangen, dass das Rentenniveau bis 2025 auf 48% bleiben würde. Die Garantie ist also preiswert und **keine Erhöhung**. Der Ansatz geht insgesamt immer noch von der privaten Altersvorsorge aus. Die **Riester-Rente bleibt**, obwohl ihr Scheitern dokumentiert ist und viele sie sich nicht leisten können.

Wer 35 Beitragsjahre oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten aufweist, bekommt nun mit der **Grundrente** eine Alterssicherung von mindestens 10 Prozent über der Grundsicherung. Voraussetzung für den Bezug der „Grundrente“ ist eine **Bedürftigkeitsprüfung** entsprechend der Grundsicherung. D mit selbstgenutztes Wohneigentum dabei nicht aufgegeben werden muss, sollen die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensverwertung und zum **Schonvermögen** in der Sozialhilfe sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende überarbeitet werden. Ein Garantieanspruch wird dafür nicht formuliert. Diese Grundrente schützt nicht vor Altersarmut, zudem sind die Hürden zu hoch: 35 Jahre schaffen viele **Frauen** nicht.

Für **Zeitungszusteller** in Midijobs wird der Rentenversicherungsanteil der Arbeitgeber sogar von 15 auf 5 Prozent gesenkt. **Ostdeutschland** wird im Koalitionsvertrag nur einmal erwähnt. Unverbindlich formuliert wird das Ziel, Rentenversicherungsansprüche aus Sonder- und Zusatzversorgungssysteme durch den Bund, statt die ostdeutschen Länder auszahlen zu lassen. Am Rentenunrecht Ost wird nichts geändert.

Die angestrebte Ausweitung der **Mütterrente** (zusätzlicher Aufschlag von einem Entgeltpunkt nur für Mütter von drei oder mehr Kindern, die vor 1992 geboren sind – zurzeit rund 30 Euro Monat) wird davon **abhängig** gemacht, ob entsprechende **finanzielle Mittel** in der Rentenkasse sind. Für **Selbständige** soll eine Altersvorsorgepflicht eingeführt werden, die „in der Regel“ zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen soll. Für die **Erwerbsminderungsrente** soll die Anhebung der Zurechnungszeiten „beschleunigt“ werden. Eine neu zu bildende **Rentenkommission** „Verlässlicher Generationenvertrag“ soll eine Empfehlung für einen Generationenvertrag vorlegen.

Wohnen und Mieten

Union und SPD nehmen die Wohnungsnot der unteren Mittelschicht und von Geringverdienern in den Städten nicht ernst. Für sie gibt es im Koalitionsvertrag einiges an **Symbolpolitik**, aber keine substantiellen Maßnahmen. Das heißt: Im Bund bleibt es bei einer **Investorenfreundlichen Wohnungspolitik**.

So soll der **soziale Wohnungsbau** nur auf „heutigem Niveau“ verstetigt werden. Dafür sollen u.U. eine **Grundgesetzänderung** vorgenommen und in den Jahren 2020/2021 mindestens zwei Milliarden Euro zweckgebunden bereitgestellt werden. Das entspricht aber der Finanzierung, wie sie bisher als Kompen-

sationszahlungen des Bundes geleistet wurden und 2020 auslaufen sollten – es ist also **keine Erhöhung**. Es könnten 55 000 Sozialwohnungen entstehen – gleichzeitig fallen jedes Jahr 50 000 aus der Sozialbindung, während fünf Millionen Sozialwohnungen fehlen. Für 250.000 Sozialwohnungen im Jahr wären **5 Milliarden Euro pro Jahr im Bund** und weitere 5 Milliarden als Kofinanzierung aus den Ländern nötig. Zudem mangelt es in den Kommunen für Sozialwohnungen an investitionswilligen Eigentümern und preisgünstigen Baugrundstücken. D.h.: „Ohne ein Ende der Bodenspekulation wird die Förderzusage nicht mehr als ein Schaufensterbeschluss sein“ (Berliner Mieterverein). Das angekündigte **Baukindergeld** ist ein **Mittelstandsgeschenk**: Mit 1200 Euro pro Kind und Jahr sollen Familien beim Bau eines Eigenheims bis zu einem zu versteuernden Haushaltseinkommen von 75 000 Euro plus 15 000 Euro Freibetrag je Kind unterstützt werden. Das wird **440 Millionen Euro** im Jahr kosten. Aber Geringverdiener können sich kein Haus bauen und keine Wohnung kaufen. **Eigentumsförderung** mit dem Ziel des Vermögensaufbaus hat mit Wohnungspolitik wenig zu tun. Dafür steigert sie den Druck auf den Wohnungsmarkt und befördert Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Ähnlich war es schon bei der **Eigenheimzulage**, mit der bis 2005 der Hausbau gefördert wurde. Die staatliche Subvention trieb die Bodenpreise in die Höhe und förderte die Zersiedelung der Landschaft. Auch dass 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheime **frei finanziert**, aber öffentlich (z.B. durch Sonderabschreibung) gefördert werden sollen – und die Zuständigkeit für den Bereich **Bauen** ins CSU-Innenministerium wandert – geht in diese Richtung. Im Klartext ist die Botschaft der Groko: Kauft doch eure Wohnungen, wenn ihr euch die Miete nicht mehr leisten könnt. Auch, dass weiter Bestandsschutz für Mieten gelten soll, die schon vorher zu hoch waren, ist ein Problem. Verbindlichere Kriterien für einen **qualifizierten Mietspiegel** in der Zukunft ändern daran nichts. **Überteuerte Mieten**, die Mietpreise nach oben treiben, werden so vielmehr zementiert.

Denn die Mieten sind vielerorts längst zu hoch – und sie werden nun **weiter steigen**, nur etwas langsamer. Daran ändern auch die Veränderungen an der **Mietpreisbremse** und der **Modernisierungumlage** nichts. Zwar sollen die Modernisierungumlage nur noch 8 Prozent statt 11 Prozent betragen und eine **Kappungsgrenze** soll nun bei maximal 3 Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren nach einer Modernisierung greifen. Das „gezielte Herausmodernisieren“ wird zudem künftig den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllen und für Mieter Schadensersatzansprüche begründen. Aber **3 Euro pro Quadratmeter** sind deutlich zu viel. Denn eine Kappung bei drei Euro pro Quadratmeter bedeutet z.B. bei einer Kaltmiete von fünf Euro pro Quadratmeter **60 bis 70 Prozent Erhöhung**. Ohne Eingriffe in das Bodenrecht und die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wird der Bau preiswerten neuen Wohnraums in relevanten Größenordnungen daher nicht möglich sein. Mehr Wohnungen gehören in öffentliche Hand, dafür müsste ein **Re-Kommunalisierungsfonds** aufgelegt werden. Doch für eine „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ will die Koalition erstmal eine **Enquête-Kommission** einsetzen. Außerdem erklärt sie explizit, dass „weitere Verschärfungen der **Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen** in Eigentumsrechte durch Gestaltung auf Bundesebene“ *nicht* kommen werden. Ähnlich ist es bei der „Verschärfung der **Mietpreisbremse**“: Die Pflicht zur **Offenlegung** gilt hier nur dann, wenn sich der Vermieter explizit auf die **Ausnahme** von der Mietpreisbremse beruft, also schon bei der Vertragsanbahnung. Damit ist zu erwarten, dass die meisten Vermieter erst einmal eine hohe Miete verlangen – in der Erwartung, der Mieter werde dies schon

akzeptieren. Weiterhin gibt es **keine Sanktionsmöglichkeit** für Vermieter, die sich nicht an das Gesetz halten: Wenn der Vermieter eine unzulässig hohe Miete fordert, muss er sie nicht wieder herausgeben, wenn der Mieter sich erst nach einem Jahr auf die Mietpreisbremse beruft. So soll es bleiben: Weder werden **Ausnahmen** und **Umgehungsmöglichkeiten** abgeschafft noch droht Vermietern bei Missachtung eine **Strafe**. So kann die Mietpreisbremse nicht zum Erfolg werden. Dabei könnte der Bund mit einer **Abschaffung der Modernisierungumlage** und einem **Verbot von Mieterhöhungen** (oberhalb des Inflationsausgleichs und ohne Verbesserung des Wohnwertes) effektiv handeln.

Gesundheit

Mit einem **Sofortprogramm Pflege** sollen 8 000 neue Fachkraftstellen in der Alten- und Fachpflege geschaffen werden, dazu kommt das Versprechen „verbindlicher Personalbemessungsinstrumente“ ohne konkrete Ausgestaltung. Eine flächendeckende **Bezahlung** in der Altenpflege nach Tarif sowie eine bessere Honorierung der Wegezeiten bei ambulanter Pflege werden angestrebt, das **Schulgeld** für die Gesundheitsfachberufe soll abgeschafft werden. Die **Pflegemindestlohnkommission** wird „gebeten“, sich „zeitnah“ mit der Angleichung des Pflegemindestlohns in Ost und West zu befassen. Die **Krankenhauspflege** soll „besser ausgestattet werden“, aber es ist unklar, wo das Geld dafür herkommen soll. Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden. Die **Parität** bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung soll ab 1.1.2019 wiederhergestellt werden. Die **Honorarordnungen** der Gesetzlichen und Privaten Gesundheitsversicherung sollen reformiert werden. Auch dazu wird jedoch eine **Kommission** eingesetzt und erst danach entschieden, ob deren Vorschläge umgesetzt werden.

Es fehlen 40 000 Stellen in der Altenpflege und 100 000 im Krankenhaus, davon mindestens 70 000 in der Pflege. 8000 zusätzliche Pflegekräfte wären für jede der 13.600 Heime in Deutschland eine halbe Pflegekraft. Im Dezember waren 24000 Stellen in der Pflege offiziell als unbesetzt gemeldet. Hier werden trotzdem nur „**Anreize**“ geschaffen (Gebührenfreie Ausbildung, bessere Gesundheitsversorgung der Beschäftigten). Aber nichts wird dafür getan, dass die Beschäftigten nicht mehr vor **Stress** erkranken. Der Paritätische Verband verlangt eine konkrete Vereinbarung dazu, wie und bis wann insgesamt **100.000** zusätzliche Pflegekräfte gewonnen und finanziert werden sollen. Zudem sind in den Krankenhäusern und der Pflege dringend Investitionen von **13 Milliarden** nötig. Weder in Bezug auf die **Stellenanzahl** noch die **Finanzierung** wird also von der Groko entsprechend dem Bedarf geliefert. Daher gilt: „Gemessen an den Wahlkampfversprechungen von Schulz und Merkel ist es eigentlich ein schlechter Witz, was dem Publikum hier angeboten wird. Ohne **zusätzliche Steuermittel** ist die Krise nicht zu beheben“ (Volker Schneider, PV). Die seit Jahren eingeforderten grundlegenden Schritte – regelhafte **Dynamisierung** der Pflegeleistungen, **Auflösung** des Pflegevorsorgefonds, Finanzierung der medizinischen Behandlungspflege in stationären Einrichtungen über das **SGB V** – werden nicht aufgegriffen. **Pflegevollversicherung** und **Solidarische Pflegeversicherung** bleiben ganz ausgeblendet. Mit anderen Worten: Der beim SPD-Bundesparteitag im Januar beschlossene Auftrag an die Verhandlungsgruppe, ein „**Ende der Zwei-Klassen-Medizin** einzuleiten“ wurde **nicht** im Ansatz erfüllt.

Umverteilung und Steuern

Der Koalitionsvertrag gibt als Ziel einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden an, ist also der **Schuldenbremse** verpflichtet. Darüber hinaus sollen Schulden weiter abgebaut werden auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Weitere **Ausgaben** sind nur möglich, **wenn** sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder eine entsprechende „unmittelbare, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung“ sichergestellt ist. Alle Investitionen bleiben so wesentlich im Rahmen der **Konjunkturdividende**.

Dafür soll der **Solidaritätszuschlag** schrittweise abgeschafft werden. Im ersten Schritt werden 2021, dem Jahr der nächsten geplanten Bundestagswahl, 90 Prozent aller Zahlerinnen und Zahler „entlastet“. Die **Höhe der Freigrenze** für die Entlastung wurde im Koalitionsvertrag nicht festgeschrieben. Nach früheren Berechnungen soll sie bei 61.000 Euro für Alleinstehende bzw. dem Doppelten für Ehepaare liegen. Menschen mit geringem Einkommen haben den „Soli“ allerdings sowieso nicht zahlen müssen. So werden die **oberen Einkommen** entlastet. Geringverdienerinnen und Geringverdiener sollen immerhin bei **Sozialbeiträgen** entlastet werden. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird um 0,3 Prozentpunkte gesenkt. Änderungen bei der **Erbschaftssteuer** oder **Vermögenssteuer** soll es hingegen nicht geben. Auch eine wirksame Begrenzung der **Managervergütung** fehlt komplett. Der Begriff **Reichtum** kommt im Koalitionsvertrag nicht einmal vor.

Bildung

In der Bildung nimmt die SPD für sich in Anspruch eine „**Investitionsoffensive**“ durchgesetzt zu haben. Auf den ersten Blick sieht es hier auch nicht schlecht aus: Das **BAföG** soll mit 1 Milliarde Euro erhöht und ausgebaut werden, auch ein **Meisterbafög** soll kommen. Bis zum 1. August 2019 soll zudem eine **Mindestausbildungsvergütung** im Berufsbildungsgesetz verankert werden. Auch soll es nun ein Recht auf **Ganztagsbetreuung** in Kita und Schule geben. Zudem wird das **Kooperationsverbot** zwischen Bund und Ländern aufgehoben und es soll direkt in Schulen investiert werden. Doch auch hier: Tropfen auf heiße Steine. Denn den knapp 10 Milliarden Euro, die in dieser Legislaturperiode zusätzlich in die gesamte Bildungskette fließen sollen, steht bundesweit laut GEW ein aktueller, aufgestauter **Investitionsbedarf** von 34 Milliarden Euro gegenüber – allein für die Schulen, 53 Milliarden sind es für den gesamten Bildungsbereich. Mit den jetzt geplanten Investitionen ist zudem noch gar nichts gegen **Lehrermangel** und **Unterrichtsausfall** – und das heißt auch für kleinere Klassen und gegen die Überlastung der Lehrkräfte – getan. Außerdem finden sich die **Kosten** für den Ausbau der Ganztagsbetreuung nicht recht in den Finanzplänen. Und die von Seiten des DGB geforderte Erhöhung von BAföG-Fördersätzen und Freibeträgen um mindestens 6,5 Prozent inklusive einer höheren Wohnpauschale wird mit den eingeplanten Mitteln nicht zu finanzieren sein. Deswegen gilt trotz Schritten in die richtige Richtung: Sie sind viel zu klein, ein **Bildungsaufbruch** ist das längst nicht – es fehlt (auch hier) der Mut zur **Ausfinanzierung**.

Europa

Für Europa gibt es hauptsächlich **warne Worte**. Zwar sprach Martin Schulz sogar von einem "Ende des Spardiktats" und einem „neuen Aufbruch für Europa“, doch im Koalitionsvertrag findet sich das nicht. Von der fatalen **Austeritätspolitik** und dem deutschen Leistungsbilanzüberschuss ist dort keine Rede. Vielmehr soll der **Europäische Stabilitätsmechanismus** (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten **Europäischen Währungsfonds** gemacht werden, der dann die makroökonomischen Anpassungsprogramme diktiert. Auch der **Stabilitäts- und Wachstumspakt**, der eine antizyklische Wirtschaftspolitik gerade verhindert, bleibt lediglich „**Kompass**“ der Koalition. Immerhin soll ein „**Rahmen** für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in der EU“ entwickelt werden, es soll **mehr Geld** für die EU und einen **Investitionshaushalt** für die Eurozone sowie einen neuen **Elysee-Vertrag** zur Kooperation mit Frankreich geben. Zudem werden eine konsolidierte **Bemessungsgrundlage** und **Mindestsätze** bei den **Unternehmenssteuern** versprochen. Die Koalition „unterstützt“ eine „**gerechte Besteuerung** großer Konzerne, gerade auch der Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon“. Die Einführung einer substantiellen **Finanztransaktionssteuer** soll nun „zum Abschluss“ gebracht werden. Doch selbst der **fiskalpolitische Grundsatz** „Land des Gewinns, Land der Besteuerung“, der noch in den Sondierungsergebnissen versprochen wurde, findet sich nicht mehr im Text. Die Haushaltsmittel für soziale Konvergenz in der Eurozone werden ausdrücklich auch der Unterstützung von „**Strukturenreformen**“ gewidmet. Zudem bleibt die **Höhe** der jeweiligen Summen wie die konkrete **Ausgestaltung** der europäischen Rahmen-Reglungen samt dem **Zeitpunkt** unklar – vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der letzten „Groko“ ein Grund zur Skepsis. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine „Stärkung“ des europäischen Parlaments oder der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa fanden sich z.B. schon fast wortgleich im **Koalitionsvertrag 2013**. Und die Besteuerung von Internetunternehmen wie Google wird unabhängig von der deutschen Bundesregierung im **Europäischen Parlament** ohnehin bis Juni dieses Jahres entschieden.

Flucht & Migration

Hier haben sich die **Hardliner der Union** weitgehend durchgesetzt, etwa durch die Unterbringung von Schutz-suchenden in **Lagern** und eine **faktische Obergrenze**. Die Einführung einer Obergrenze für Geflüchtete unter der Ressort-Hoheit eines CSU geführten **Innen- und Heimatministeriums** bedeutet eine weitere Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl. Mit 220.000 Menschen pro Jahr liegt die Obergrenze, wenn man sie pro Einwohner rechnet, sogar unter jener des FPÖ-regierten Österreichs (37 500). Alle Asylverfahren sollen in Zukunft in Lagern durchgeführt werden, in denen es zwar keine Ausgangssperre gibt, dafür aber eine **18-monatige Bleibeverpflichtung**. Diese Lager werden zynisch **ANKER** (Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung) genannt. **Abschiebungen** sollen beschleunigt und „vereinfacht“ werden: Zukünftig soll schon bei Fällen von Sozialleistungsbetrug und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz, wenn sie zu einer Verurteilung von mindestens einem Jahr geführt haben, die Abschiebung drohen. Vom Abschiebestopp nach **Afghanistan**, den die SPD-Basis noch gegen den Willen der eigenen Antragskommission in das Wahlprogramm gestimmt

hatte, ist keine Rede. Zudem soll es einen massiven Ausbau des europäischen Grenzschutzes durch Weiterentwicklung von Frontex zu einer echten Einheit des **europäischen Grenzregimes**, Vorverlagerung der Grenze durch "Investitionen in Afrika" und die Stärkung internationaler "Polizeimissionen" geben. Bis dieser Außengrenzschutz effektiv ist, sollen **Binnengrenzkontrollen** in der EU weiter möglich sein. Dazu kommt eine weitgehende **Einschränkung des Familiennachzuges**, in dem dieser auf 1000 Menschen pro Monat und nur engste Familienangehörige begrenzt wird. Die von der SPD als Erfolg gefeierte **Härtefallregelung** ist nicht neu und gilt nur für engste Familienangehörige. So stehen offensichtliche **Widersprüche** unvermittelt nebeneinander: einerseits bekennt sich das Papier zur **Genfer Flüchtlingskonvention**, andererseits zu einer faktischen Obergrenze. Überdies werden Algerien, Tunesien und Marokko zu **sicheren Herkunftsländern** erklärt. Und statt des von der SPD geforderten **Einwanderungsgesetzes** soll es jetzt nur noch ein an der Verwertbarkeit von Fachkräften orientiertes **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** geben.

Klima & Umwelt

Die Abschnitte zu Klima und Umwelt sind in höchstem Maße **unverbindlich**. Die Koalition bekennt sich zu den national und international verabredeten Zielen, wird aber fast nirgends konkret. Angekündigt werden Prüfungen, Evaluierungen, Gesetzesumsetzungen und -novellierungen. Der Einsatz **von Glyphosat** soll mit einer „systematische Minderungsstrategie deutlich eingeschränkt werden mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden“. **Dieselgetriebene Kraftfahrzeuge** sollen soweit „technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar“ nachgerüstet werden. Das 2020-Ziel, die Emissionen bis dahin im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu senken, soll nur noch „so weit wie möglich“ erreicht werden. Die einzige konkrete und belastbare Vorgabe in diesem Politikfeld gibt es zur Fortsetzung des Bundesprogramms „**Nationales Naturerbe**“. In einer vierten Tranche sollen über 30 000 Hektar als dauerhafte Naturschutzflächen gesichert werden. Da der Ausbau von **regenerativen Energien** beschleunigt und bis 2030 etwa verdoppelt werden soll, dürfte die **Umlage** nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz“ steigen und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger direkt belasten.

Auch **Umweltschützer** missbilligten den Koalitionsvertrag: "Der 'GroKo' fehlen Mut und Weitsicht, Klima und Umwelt konsequent zu schützen", teilte Sweelin Heuss, Geschäftsführerin von Greenpeace Deutschland, mit. "Indem sie das deutsche **Klimaziel für 2020** aufgeben, verzögern die Koalitionäre den überfälligen Kohleausstieg", kritisierte die Organisation. Schlüsselentscheidungen würden "vertagt und ausgelagert". Ebenso würden konkrete Schritte dazu fehlen, wie der Verkehr künftig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Luftbelastung in deutschen Städten rasch sinken solle. Der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Sascha Müller-Kraenner, sagte, die notwendigen Entscheidungen zum Klima-, Ressourcen- und Naturschutz würden "auf den **Sankt-Nimmerleins-Tag** verschoben". Die Parteien würden "den umweltpolitischen Stillstand zementieren", bemängelte die Organisation. Es fehle etwa "ein klares Bekenntnis zur **Abfallvermeidung** und **Mehrwegschutz**". Die geplanten Maßnahmen zum Abschuss von **Wölfen** würden außerdem gegen europäisches Artenschutzrecht verstoßen.

Außen- & Sicherheitspolitik

Außenpolitisch will sich die große Koalition für eine „dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt einsetzen“ und dies mit einer wertebasierten Politik erreichen. Im Vertragstext findet sich dazu allerdings eher das Gegenteil: So soll die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (**PESCO**) „mit Leben“ gefüllt werden. Konkret bedeutet das eine kontinuierliche **Aufrüstung**, u.a. durch eine jährliche Aufstockung des Verteidigungshaushaltes sowie eine 20%-Ausgaben-Quote für Rüstungsgüter bei den Verteidigungsausgaben. Demgegenüber bleibt die Erhöhung der **Entwicklungshilfe** auf 0,7% des BIP mal wieder nur „unser Ziel“. Dafür soll die Zahl der eingesetzten **Soldaten** in Afghanistan und Mali erhöht werden. Auch in der **Handelspolitik** soll es wesentlich so weitergehen wie bisher: Zwar sollen einige Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten „überprüft“ werden, aber zugleich sollen – nach TTIP und CETA? – „**weitere Freihandelsabkommen** mit hohen, verbindlichen Standards und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft“ abgeschlossen werden. Die „Verschlechterung der Menschenrechtslage“ in der **Türkei** wird zwar benannt, der EU-Erdogan-Deal samt der deutschen Rüstungsexporte und dem Krieg gegen die kurdische Selbstverwaltung aber verschwiegen. Und während **Russland** für seine völkerrechtswidrige Annexion der Krim kritisiert wird, wird der türkische Einmarsch in Syrien nicht erwähnt. Dafür sollen keine **Rüstungsexporte** mehr an Staaten genehmigt werden, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind – außer von Firmen, die aufgrund von „Nachweisen“ über den Verbleib der Waffen „Vertrauensschutz“ genießen. Rüstungsexporte an andere Staaten sollen insgesamt weitergehen. Nur **Kleinwaffen** sollen nicht mehr in Drittländer (d.h. Länder, die nicht in der Nato oder ihr gleichgestellt sind) geliefert werden – von lukrativen **Großwaffen** wie Panzern ist keine Rede. Völkerrechtswidrige Tötungen durch Drohnen werden „kategorisch“ abgelehnt, allerdings ist von einer internationalen Ächtung inzwischen – anders als noch im Sondierungspapier – keine Rede mehr. Außerdem soll die Entwicklung einer eigenen **europäischen Drohne** forciert werden und ob diese bewaffnet wird, soll – natürlich – geprüft werden.

In der Sicherheitspolitik ist zusätzliches Personal vorgesehen und eine Ausweitung der Gen-Analyse und der Videoüberwachung (Gesichtserkennung als Möglichkeit), der Tele- und Onlineüberwachung (Staatstrojaner) und eine massive Stärkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die Seite Netzpolitik kommentiert: "So fand sich in einem früheren Verhandlungsstand eine Position der Sozialdemokraten, die auf ein faktisches Verbot des im letzten Sommer überfallsartig ausgebauten Staatstrojaners hinausgelaufen wäre. Diese ist nun spurlos verschwunden".

Einschätzung der Kräfteverhältnisse in den Verhandlungen

Wer hat sich durchgesetzt? Entgegen der dominierenden medialen Darstellung **nicht** die SPD. Schon das **SPD-Wahlprogramm** gab keine schlüssige Antwort auf die großen Herausforderungen, sondern war eher ein **Gemischtwarenangebot** für verschiedene Interessengruppen (vgl. Gegnerbeobachtung 6/2017). Doch angesichts der Wirtschaftsentwicklung sind die nun verabredeten Haushaltsausgaben geradezu **knauserig**. Die geplanten Maßnahmen zum **sozialen Wohnungsbau**, zur Ausweitung des **Öffentlichen Personennahverkehrs** oder der Stärkung von **ländlichen Räumen** sind finanziell so gering, dass sie kaum Spuren hinterlassen werden. Und auch bei den auf dem letzten Parteitag benannten Kernprojekten fehlt einiges: Bei befristeten **Arbeitsverträgen** hat die SPD deutliche Einschränkungen erreicht, aber nicht

deren Abschaffung – das war aber das erklärte Ziel, übrigens auch schon 2013. In der **Gesundheitspolitik** soll nun eine Kommission bis 2019 eine gemeinsame Honorarordnung für Kassen- und Privatpatienten vorbereiten. Ob das wirklich zu einer Rückführung der 2-Klassen-Medizin führt, ist mindestens umstritten. Beim Familiennachzug hat sich die CSU durchgesetzt, die begrenzte Härtefallregelung ist nicht neu und ändert nichts. Das zeigt: Es fehlt offenbar an einer **Idee** zur Neubegründung der regulativen Funktion der Sozialdemokratie. Das ist nicht zuletzt problematisch für das Projekt einer „**Erneuerung der SPD**“. Denn eine Programmatik des „**Weiter-so**“ mit seinen bisherigen Akteuren umzusetzen und zugleich in einen Modus der Erneuerung zu schalten, dürfte schwierig werden. Zwar gibt es für die SPD die **Schlüsselressorts** Finanzen, Außen und Arbeit, was – zusammen mit dem angekündigten Wechsel an der Parteispitze von **Martin Schulz** zu **Andrea Nahles** – durchaus ein Argument im Mitgliederentscheid sein dürften. Allerdings hat die SPD das Finanzministerium schon das letzte Mal unter **Peer Steinbrück** kaum zur Umsetzung sozialdemokratischer Inhalte genutzt. Und das sowohl Martin Schulz als auch der künftige Finanzminister **Scholz** eigentlich einen Wechsel in ein Kabinett unter Merkel bzw. nach Berlin ausgeschlossen hatten, steigerte die **Glaubwürdigkeit** der SPD-Führung nicht. Dass Schulz sich kurze Zeit später dem Druck aus der eigenen Partei beugte und auf das Amt als Außenminister verzichtete, verursacht nun zusätzliches Chaos. Für die **Union** sollten die geschlossenen Kompromisse hingegen verschmerzbar sein, in ihren Kernfeldern Wirtschaft, Finanzen und Sicherheit hat sie keine großen Zugeständnisse machen müssen. Dafür übernimmt mit **Horst Seehofer** ein Hardliner der Union das Innenministerium, das nun auch noch Heimatministerium heißen soll. Bisher gab es ein solches nur in Bayern, und war ansonsten eine Forderung der extremen Rechten in Österreich. Zwar macht sich in der **CDU** bereits Unmut über den Verlust zentraler Ministerien Luft, aber dort gibt es keinen Mitgliederentscheid.

Insgesamt fehlt der Koalition eine **verbindende Idee**, die über die defensive Orientierung auf eine „Sicherung von Wohlstand und Demokratie“ – für die **bedrohte Mitte** – hinausgeht. Der Koalitionsvertrag ist Ausdruck der Unmöglichkeit aktuell selbst ein moderat sozialdemokratisches Wahlprogramm mit der Union zu verwirklichen. Dem **Wahlergebnis** und der **Spaltung der Gesellschaft** wird nur insofern Rechnung getragen, als die vermeintliche Mitte der Gesellschaft nach links mit mehr Investitionen sowie wenigen Korrekturen der bisherigen Regierungspolitik und nach rechts mit entsprechenden Verschärfungen **stabilisiert** werden soll. Das macht deutlich: Eine „Groko“ auf dieser Grundlage, ist – entgegen aller vorherigen Beteuerungen – ein „**Weiter so**“ und damit absehbar **kein Mittel** gegen die wachsende **Politik- und Demokratieverdrossenheit** im Land wie in Europa.